

# **BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG**

**Nr. 04-6 vom 13. Januar 2022**

## **Rede der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz,**

in der Vereinbarten Debatte zur Politik der Bundesregierung  
vor dem Deutschen Bundestag  
am 13. Januar 2022 in Berlin:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Wohnen ist ein Menschenrecht: So ist es im Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgelegt. Es ist gerade kein Luxus für wenige, sondern Lebensgrundlage für alle. Und ich füge hinzu: Es geht um gutes und bezahlbares Wohnen in einem lebenswerten Umfeld.

Es ist aus meiner Sicht eine Frage des Respekts, dass diejenigen, die hart arbeiten, gut davon leben und auch gut davon wohnen können. Es ist Ausdruck des gesellschaftlichen Zusammenhalts, dass Azubis, Familien und Rentnerinnen und Rentner Tür an Tür miteinander leben können. Deshalb ist es auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit unseres Landes, ob wir es schaffen, ausreichend Wohnungen zu bauen, die den demografischen und digitalen Erfordernissen und den ökologischen Standards unserer Gesellschaft entsprechen.

Damit das gelingt, ist viel zu tun. Deshalb ist es wichtig, dass die Fortschrittskoalition ein eigenständiges Bundesministerium dafür geschaffen hat. Zum ersten Mal seit sage und schreibe 1998 gibt es dieses Ministerium wieder. Das unterstreicht nicht nur die politische Bedeutung des Wohnungsbaus und der Stadtentwicklung. Es ist auch die Chance, unter einem Dach und aus einer Hand die Themen „Wohnen“, „Stadtentwicklung“ und „Bauwesen“ vom Bund aus neu zu denken, die Chance, neue Wege zu be-

schreiten und Innovationen zu ermöglichen und natürlich auch eine Chance, die gewaltige Transformation der Bauwirtschaft aktiv zu gestalten und für neuen ökonomischen Schub in Deutschland zu sorgen.

Für diese politischen Ziele werde ich schnell ein stabiles Fundament bauen, indem wir Schwung in den Wohnungsmarkt bringen. Wir brauchen viel mehr bezahlbaren und klimaneutralen Wohnungsbau. 400.000 neue Wohnungen sollen pro Jahr gebaut werden können, davon 100.000 im sozialen Wohnungsbau.

Deswegen werde ich das „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ zügig aufsetzen. Gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen, der Bau- und Wohnungswirtschaft, mit Mieterverbänden, Gewerkschaften, aber auch vielen weiteren Akteuren werden wir dafür sorgen, dass es gelingt. Und ich weiß: Dafür braucht es natürlich zum einen die richtigen Förder-, zum anderen aber auch die richtigen Rahmenbedingungen.

Deswegen war eine meiner ersten Amtshandlungen, die soziale Wohnraumförderung für 2022 auf den Weg zu bringen. Noch im Dezember konnten wir eine Milliarde Euro Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau freigeben; eine weitere Milliarde aus dem Klimapaket wird folgen.

Wenn wir bezahlbare Wohnungen schaffen wollen, brauchen wir aber noch mehr, zuallererst genügend Bauland. Brachliegende Grundstücke, bei denen Einzelne auf Wertsteigerung spekulieren, können wir uns nicht mehr leisten. Wichtig ist auch, dass die Kommunen schnell wieder Rechtssicherheit beim Vorkaufsrecht haben und wir dafür nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts eine gute Lösung finden.

Bauen ist Alltag für viele. Jede und jeder, die und der in den letzten Monaten versucht hat, ein Bauvorhaben oder eine Renovierung anzugehen, kennt das Problem. Das eine ist das notwendige Baumaterial, das andere ist der Handwerker dazu. Die Bewältigung des Fachkräftemangels wird deshalb eine der großen zentralen Aufgaben, bei der wir innerhalb der Bundesregierung, aber auch gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften an einem Strang ziehen müssen. Wir brauchen eine Azubi-Offensive, wir brauchen Weiterbildung, Fachkräfteeinwanderung und gute Arbeitsbedingungen auf dem Bau.

Damit wir beim Bauen einen Gang höher schalten, werden wir die Planungs- und Bauverfahren vereinfachen. Tempo machen wir auch durch die Nutzung digitaler Verfahren – denn auch dafür ist mein Haus mit zuständig –, weniger Bürokratie und mehr Standardisierung.

Übrigens wollen wir auch beim Bundesbau schneller werden. Wir wollen eine Vorbildfunktion einnehmen und zeigen, wie effizientes und nachhaltiges Bauen geht. Beim Luisenblock West hier in Berlin-Mitte können Sie sich das schon mal ansehen. Es hat vom Prüfauftrag bis zur Finalisierung des modernen und modularen Holzbaus nur 27 Monate gedauert. – Es war die Bundesbauverwaltung.

Die große Zahl an Wohnungen, die wir brauchen, wird aber nicht von heute auf morgen gebaut. Genauso wichtig ist deshalb eine rasche Entlastung auf angespannten Wohnungsmärkten. Die Mieten müssen in den nächsten Jahren bezahlbar bleiben – auch und gerade, wenn modernisiert und energetisch saniert wird.

Dabei geht es nicht nur um die Kaltmiete. Die Energiepreise machen vielen große Sorgen. Deshalb ist bereits zum Jahreswechsel für mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger ein höheres Wohngeld in Kraft getreten. Und ich möchte noch einmal ergänzen: Wohngeldbezieher sollen einen einmaligen Heizkostenzuschuss von mindestens 135 Euro erhalten. Es war uns ein großes Anliegen, dass wir das so schnell wie möglich für 710.000 Haushalte auf den Weg bringen, die davon profitieren.

Verständigt haben wir uns auch auf Verbesserungen bei der Miete; denn gut wohnen heißt auch, keine Angst zu haben, seine Wohnung wegen Mietsteigerungen zu verlieren. Die Koalition hat sich darauf verständigt, die Mietpreisbremse bis 2029 zu verlängern, Begrenzungen von Mieterhöhungen auf angespannten Wohnungsmärkten und eine Ausweitung des Mietspiegels vorzunehmen.

Und ich möchte auch für die Menschen sorgen, die gar keine Wohnung haben. Bis 2030 wollen wir als Bundesregierung die Obdach- und Wohnungslosigkeit überwinden. Deshalb ist mir als Bau- und Wohnungsministerin der Nationale Aktionsplan dafür sehr wichtig.

Wir starten in ein Transformationsjahrzehnt, in dem wir unser Land beim Klimaschutz auf Kurs bringen. Mit guter Gesetzgebung, Entschlossenheit und Experimentierfreude können wir hier viel erreichen.

Ich freue mich, dass ich mit dem Wirtschaftsminister Robert Habeck schon verabreden konnte, dass wir Themen gemeinsam angehen, zum Beispiel die Nachhaltigkeit und die Bezahlbarkeit beim Bauen und Wohnen, Maßnahmen für energieeffiziente Gebäude oder eine Fachkräftestrategie gerade im Bauhandwerk und das Forschen an nachhaltigen Baustoffen. Erste Maßnahmen werden wir schon im Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen. Mein Wunsch wäre es, dass wir in Deutschland zum Beispiel ganz konkret die Bedingungen für Mieterstrom noch weiter verbessern.

Nicht zuletzt sehe ich es auch als meine Aufgabe, für gutes Leben in der Stadt und auf dem Lande zu sorgen. Dafür nehme ich die Quartiers-, Stadt- und Regionalentwicklung mit in den Blick. Gutes Wohnen und Leben braucht ein gutes und lebenswertes Umfeld. Ich bin im Übrigen sehr froh darüber, dass in meinem Haus nun auch die Raumordnung verortet ist. Das hilft enorm, um bei der Planung und innovativen Entwicklung von Regionen schneller zu werden. Klimawandel, Strukturwandel, demografischer Wandel, sozialer Zusammenhalt und Digitalisierung, das sind nur einige der Stichworte, die den riesigen Transformationsbedarf in Städten und Gemeinden beschreiben.

Mit der Städtebauförderung haben wir ein schlagkräftiges Instrument. Dieses werden wir für gutes Leben und Zusammenhalt in Stadt und Land weiter verbessern. Ich freue mich, dass wir zum Beispiel 250 Millionen Euro in 238 Städte investieren können, gerade um die von Corona sehr stark in Mitleidenschaft gezogenen Innenstädte zu stabilisieren und auch neue Formen von Gemeinplätzen zu schaffen, wo man sich – gerade auch Familien – jenseits eines kommerziellen Einkaufserlebnisses in der Innenstadt aufhalten kann, wodurch die Innenstädte belebt werden.

Integrierte Mobilitätsangebote insbesondere in ländlichen Gebieten müssen dazu Realität werden. Unsere Lebensräume müssen klimaresilient werden, um sich vor den Folgen von Starkregenereignissen und Hitzeperioden zu schützen. Hier gibt es in der Städtebauförderung und auch in der Regionalplanung viel zu investieren.

Vielleicht noch ein Satz zur Region Bonn. Ich weiß: Sie erwartet von uns auch ein Bekenntnis zur Bundesstadt Bonn. Von mir wird sie dieses bekommen. Ich fahre demnächst in die Region, in den Rhein-Sieg-Kreis, und spreche auch mit der Oberbürgermeisterin. Wir werden uns sehr viel Zeit nehmen, zu schauen, wie wir die Bundesstadt Bonn – auch mithilfe der kommunalen Expertise – stärken können.

Herzlichen Dank.

\* \* \* \* \*